

blickpunkt

Nr. 243
März 1991

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Aufruf zum Ostermarsch 1991

Damit der Nach-Krieg nicht zum Vor-Krieg wird

Der Krieg am Golf bedeutet eine Niederlage für die Menschheit. Hunderttausende mußten leiden oder sterben. Der Umwelt wurden unabschätzbare Schäden zugefügt, die Idee der Demokratie im Ganzen wurde tiefgreifend beschädigt. Regierungen entscheiden an Völkern und Menschen vorbei für den Krieg. Die Logik des Krieges dominierte über die des Friedens und der Solidarität. Der Welt droht nun eine Ordnung, in der militärische Dominanz und ökonomische wie kulturelle Unterdrückung die beherrschenden Elemente dieser Erde sind, insbesondere gegenüber dem Süden.

Die Friedensbewegung protestierte überall in der Welt, konnte aber die Herr-

schenden nicht daran hindern, ihre politischen Ziele mit dem verbrecherischen Mittel des Krieges durchzusetzen. In dieser Situation rufen wir zum Ostermarsch 1991 auf, mit dem wir deutlich machen wollen, daß wir nicht ohnmächtig zuschauen werden, sondern unbeirrt im Namen des Friedens unsere Stimme erheben und zum Widerstand gegen die Kriegspolitik aufrufen:

**Die Waffen nieder!
Nie wieder Krieg!**

Der Krieg hat die Konflikte insbesondere in der Golfregion verschärft. Er hat gezeigt, daß die Herrschenden der westlichen Welt offenbar bereit sind, in lokale Konflikte mit massiver militärischer Gewalt und ohne Rücksicht auf Menschenleben, auf soziale und ökologische Zerstörungen einzugreifen, um ihre ökonomischen Interessen abzusichern. An die Stelle des Ost-West-Gegensatzes ist eine leidvolle Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts getreten. Die sich daraus ergebenden Krisen - heutige und zukünftige - können und dürfen nicht

mit kriegerischen Mitteln gelöst werden. Krieg kann kein Mittel zur Lösung politischer, wirtschaftlicher und andere Probleme sein.

Zur Sicherung des Weltfriedens fordern wir eine neue Weltwirtschaftsordnung, die Schluß macht mit der Ausbeutung der Völker der sogenannten Dritten Welt. Wir verurteilen alle Verbrechen gegen die Menschlichkeit und jegliche kriegerische Aggression. Wir sprechen uns für das Existenz- und Selbstbestimmungsrecht aller Völker in friedlichen und gesicherten Grenzen aus - dies gilt für Israel genauso wie für Palästinenser und Kurden.

Im Nahen Osten wird nur eine Friedenskonferenz unter gleichberechtigter Teilnahme aller Betroffenen einen dauerhaften Frieden schaffen können.

Die Bundesregierung hat diesen Krieg unterstützt, statt ihr ganzes Gewicht für eine friedliche Konfliktlösung in die Waagschale zu werden. Eine solche Lösung wäre möglich gewesen. Sie war zuerst Ausstatter, dann Finanzier der Kriegshandlungen. Sie provozierte eine Eskalation des Krieges durch Entsendung von Waffen und Truppen in die Türkei. Auch

(Fortsetzung nächste Seite)





(Fortsetzung von Seite 1)

jetzt kommen aus Bonn falsche Signale. Die Bundesregierung will den Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe für militärische Einsätze außerhalb Deutschlands.

Wir wenden uns gegen jede künftige militärische, wirtschaftliche oder finanzielle Beteiligung der Bundesrepublik an kriegerischen Auseinandersetzungen. Steuererhöhungen zur Finanzierung der Kriegskosten lehnen wir strikt ab. Wir wollen keine Grundgesetzänderung, die - in welcher Form auch immer - die Aufgaben der Bundeswehr erweitert und damit neue Rechtfertigungen für militärische Interventionen schafft.

Wir fordern ein Verbot der Rüstungsexporte als ersten Schritt zum Ausstieg aus der Rüstungsproduktion. Wir fordern die Bestrafung der Exporteure und der für die Genehmigung der Exporte Verantwortlichen. Wir fordern die Kündigung des Unterstützungsabkommens mit den USA im Kriegs- und Krisenfall. Diese Forderungen haben gerade für uns in Hessen eine besondere Bedeutung: Es waren vor allem hessische Firmen, die durch Rüstungsexporte in den Irak aktiv an der Kriegsvorbereitung beteiligt waren. Die Air-Base in Frankfurt und andere militärische Einrichtungen der Amerikaner in Hessen haben dann eine wichtige Rolle in der Kriegsführung gespielt und konnten sich dabei auf die Unterstützung hessischer Dienststellen verlassen. Dies alles ruft uns zum Widerstand. Es gibt viele Möglichkeiten, Nein zum Krieg zu sagen. "Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern."

Der Konflikt schwelt weiter

Am Golf schweigen die Waffen. Dieses Ziel ist erreicht. Dennoch will keine Freude aufkommen. Das hat Gründe. Dieser Krieg ist beendet, aber die Krise lebt weiter. Es gibt neue Gefahren, nicht zuletzt deshalb, weil der Krieg als Mittel der Politik wieder hoffähig gemacht wurde. Somit stehen wir nicht am Anfang eines Weges zu einer friedlichen Weltordnung. Der Golfkrieg wird sich als Startschuß für eine neue Phase weltweiter Spannungen und der Aufrüstung erweisen.

Insbesondere die USA haben auch nie einen Hehl daraus gemacht, daß die Bestrafung des Irak wegen der völkerrechtswidrigen Besetzung Kuwaits eigentlich nur Anlaß für eine weitergehende Aktion war.

US-Vizepräsident Quayle hat Eckpfeiler dieser "Ordnung von morgen" beschrieben:

"Bush ist ein Weltführer von Erfahrung und Weitsicht."

"Die USA bleiben ein Führer der freien Welt."

Bei diesem Krieg ging es zwar um die Ordnung in der Welt, aber durchaus nicht um eine neue Weltordnung mit Frieden, Freiheit und Recht. Es ging eindeutig um die Zementierung der alten Weltordnung, allerdings ohne die Sowjetunion. Deshalb war dieser Krieg kein Befreiungskrieg, sondern ein Kolonialkrieg, der als



Weltkrieg eingestuft werden kann, weil er alle Teile der Welt berührte. "Operation Wüstensturm ist ein gutes Modell, mit künftigen Krisen fertigzuwerden", kündigte US-Verteidigungsminister Richard Cheney an. Solche Sätze stören unsere hiesigen CDU-Vertreter wenig. "Anerkennung, Solidarität und Sympathie", wollten die CDU-Kreistagsabgeordneten ausdrücken, die einen Gottesdienst in der "Rhein-Main-Valley-Baptist-Church" in Walldorf besuchten. Nicht bei Friedensdemonstrationen, aber in der Kirchendelegation dabei: Rudi Haselbach, hiesiger CDU-Chef.

Vielleicht sollte er doch einmal nachträglich die Argumente der Friedensbewegung durchdenken.

Immerhin: wer die Konflikte am Golf und den jüngsten Krieg betrachtet, findet einmal mehr bestätigt, daß Krieg eben doch kein Mittel zur Politik sein darf. Unsinnig werden wertvolle Milliarden verpulvert, zahllose Menschen getötet und verletzt und dennoch kein einziges Problem wirklich gelöst.

Da war doch noch was . . .

Das große Schießen am Golf hat aufgehört. Alte Bomben und Raketen wurden aufgebraucht. Viele Waffenarsenale müssen jetzt nachgefüllt werden. Neue Waffen wurden in einem großen "Feldversuch" getestet - alles also ein Glücksfall für die internationale Waffenindustrie und ihre Händler.

Jetzt ist noch zu lesen: "Der Einsatz der USA wird sich für die amerikanische Wirtschaft auszahlen. Im Washingtoner Handelsministerium rechnet man, daß etwa die Hälfte der Aufträge im Wert von bis zu 150 Milliarden DM zum

Wiederaufbau Kuwaits an US-Unternehmen vergeben wird."

Ach ja, da war doch noch was: es gab auch Tote. Wieviele, weiß man noch nicht. Schließlich gabs ja die Zensur.

Wieder einmal wurden wir belogen und betrogen

"Wenn ich dem Bürger jetzt vor dieser Wahl sage: Wir machen keine Steuererhöhungen ... dann machen wir keine!"

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
am 15. November 1990

"Was interessiert mich moi schlächt Geschwätz vun gestern", sagt man in unserer Gegend. Genau so handelt diese Regierung. Die Wähler werden für dumm verkauft, werden belogen und betrogen.

Jetzt heißt es, man habe sich "geirrt" und will sich 46 Milliarden bei den Steuerzahlern holen. Dabei denkt man wie immer zuerst an die "kleinen Leute".

Durch die Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer bei gleichzeitiger Anhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge bis zur Beitragsbemessungsgrundlage wird ein Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen von 40.000 DM mit 587,10 DM belastet, während ein Selbständiger mit einer Belastung von 287,10 DM, also weniger als der Hälfte davon kommt.

Bei einem Jahreseinkommen von 84.000 DM wird ein gewerblicher Arbeitnehmer mit 1745,10 DM belastet, Selbständige bei gleichem Einkommen mit rund 600 DM weniger. Es geht weiter: Die Bonner Steuerbeschlüsse belasten den durchschnittlichen Autofahrer (15.000 km, 8,3 l/100 km) mit rund 360 DM.

Der nächste Ganovenstreich ist angekündigt: Die Vermögens- und Gewerbesteuer soll abgeschafft werden. Zu befürchten ist, daß dadurch die Gemeinden ganz erheblich finanziell geschwächt werden.

Die Folgen: Auf der einen Seite höhere Kindergartengebühren, höhere Preise fürs Freibad, während die Großverdiener insgesamt fast zehn Milliarden DM vom Finanzamt geschenkt bekommen.

Kurz notiert

Säcke

Die Stadtverordneten erhielten Post vom Stadtrat Dirk Treber:

"In der Stadtverordnetensitzung am 5. Februar 1991 wurden Papiersäcke für Hausmüll an interessierte Stadtverordnete und Magistratsmitglieder verteilt, um zu testen, ob diese Säcke reißfest sind. Ursprünglich sollten diese Säcke bei der normalen Hausmüllabfuhr mitgenommen werden. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß diese Säcke für die Öffnung an den Müllfahrzeugen zu groß sind.

Wer einen vollen Müllsack hat, setzt sich telefonisch mit dem Amt 32: Frau Funck, Tel. 72253 oder Herrn Becker, Tel. 72281 in Verbindung. Von dort aus wird dann geregelt, daß diese Säcke vom Bauhof abgeholt werden."

Ohne Kommentar

Hotel Europa mit hohen Steuerschulden geschlossen

Das in den letzten Jahren als Unterkunft für Asylbewerber genutzte Hotel "Europa", unweit der Autobahnanschlußstelle, wurde kurzerhand geschlossen. Wie mittlerweile bekannt, haben sich einige mit der Bereitstellung von Massenunterkünften eine goldene Nase verdient.

Der frühere Besitzer, der das Hotel im Juni 1990 verkaufte, hat sich, wie aus der Presse zu erfahren war, mit 1,8 Millionen Mark aus der Geschäftskasse nach Paraguay abgesetzt. Zurückgelassen hat er 2,1 Millionen Mark Steuerschulden. Auch die Stadt soll noch Forderungen an die Betreiber haben, die in die Hunderttausende gehen. Steuergelder, die die Stadt dringend benötigt, um ihren Verpflichtungen gegenüber den Bürgern gerecht zu werden und soziale Einrichtungen vorzuhalten. Das Finanz-

amt hat sich einen Teil der letzten Einnahmen gesichert, nämlich allein 300.000 DM, die für Februar an das Hotel vom Land überwiesen wurden. Die Arme der Kommune reichen soweit nicht. Es ist anzunehmen, daß die Stadt von den verbliebenen Schulden keinen Pfennig mehr erhält. Das sollte einmal der kleine Mann probieren und seine Steuerschuld nicht bezahlen.

ÖTV-Warnstreik

Die ÖTV war mit einer Forderung von 10 Prozent mehr Lohn und Gehalt und 250 DM mehr für Auszubildende in die Lohn- und Tarifrunde 1991 gegangen.

Das Arbeitgeberangebot von 4,1 Prozent war unzureichend. Abgeschlossen wurde mit 6%.

Am Warnstreik beteiligten sich auch in unserer Stadt ca. 100 Kolleginnen und Kollegen der ÖTV.

8. März - Blumen zum Internationalen Frauentag

Auch in diesem Jahr verteilten DKP-Mitglieder in Mörfelden am 8. März rote Nelken als Gruß zum Internationalen Frauentag. Im Rathaus, den Kindertagesstätten und einigen anderen Betrieben, wo überwiegend Frauen arbeiten, freuten sich die Kolleginnen über diese Aufmerksamkeit an einem Tag, der ganz allmählich doch stärker ins öffentliche Bewußtsein rückt.

**Jede Mark hilft dem
"blickpunkt"!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau,
Konto-Nr.9003419,
BLZ 50852553

AUS DEM RATHAUS

Das Thema

Hauptthema der Bürgerversammlung am 5. März war die "Regenwassergebühr".

Bürgermeister Brehl und Stadtrat Vorndran versuchten gemeinsam mit Vertretern von SPD und GBL empörten Bürgern zu erklären, warum ab 1.1.1991 für die Einleitung von Regenwasser in das städtische Kanalnetz Gebühren verlangt werden und wie sich die Berechnung begründet. Es gelang ihnen nicht - auch nicht mit dem Verweis auf DIN-Normen - vernünftig zu begründen, warum bei Flachdächern nur die Hälfte an abfließenden Wasser anfallen soll, wie bei geneigten Dächern.

Einige Bürger erklärten, sie seien nicht bereit, heute dafür Gebühren zu zahlen, weil sie in früheren Jahren zur Versiegelung von Flächen und den Anschluß ans Kanalnetz gezwungen wurden. Für die DKP-Fraktion erklärte Rudi Hechler: "Es zeigt sich, daß die DKP zurecht von einem übereilten Beschluß durch die SPD/GBL-Mehrheit in dieser Sache abriet. Über das Ziel, Großflächenversiege-

lung zu besteuern, ist weit hinausgeschossen worden." Er wies darauf hin, daß der "Anschlußzwang" aufgehoben wird, was auch nicht unproblematisch ist, und die Bürger davon Gebrauch machen sollten, Regenwasser vor allem bei der Gartenbewässerung zu nutzen.

Erste Erkenntnis?

Nach den Eiertänzen auf der Bürgerversammlung, wo vom Bürgermeister bis zum GBL-Vertreter die gesamte "rot-grüne" Koalition die Form und Berechnung der "Regenwassergebühr" mit Zähnen und Klauen gegen empörte Bürger zu vertreten versuchten, erstaunt es um so mehr, daß den Stadtverordneten jetzt ein Magistratsantrag vorgelegt wurde, nach dem Flachdächer bei der Berechnung noch einmal unterschieden werden in "überbaute Grundfläche mit geneigtem Dach unter 15° Neigung oder Flachdach" - was jetzt mit dem Faktor 0,8 berechnet werden soll - und "Kiesschüttflachdächer", die mit 0,5 zu Buche schlagen sollen.

In der Begründung heißt es: "Wie die Diskussion bei der Bürgerversammlung am 5.3.1991 zeigte, ist es notwendig, die Abflußbeiwerte weiter zu differenzieren.

Die Abflußbeiwerte für Dächer sahen nur eine Unterscheidung zwischen geneigtem Dach (Faktor 1,0) und Flachdach (Faktor 0,5) vor, um das Berechnungsverfahren zu vereinfachen. Die DIN-Norm 1986 Teil 2, Tabelle 13, sieht die in dem Beschlußvorschlag vorgesehene Spezifizierung vor.

Eine weitere Differenzierung ist im Rahmen des Wahrscheinlichkeitsmaßstabes nicht vorgesehen, weil sie nicht im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand steht."

Ich denke: Es ist jetzt an der Zeit, daß der Magistrat Konsequenzen aus dieser von Anfang an verfahrenen Maßnahme zur Geldbeschaffung zieht: In dieser Form müßte die "Regenwassergebühr" vom Tisch.

Sie ist so weder gerecht, noch logisch begründet und verwaltungstechnisch kaum durchsetzbar sowie politisch nicht mehr vertretbar!

Gerd Schulmeyer

Kommentar

Das muß man sich mal deutlich machen:

- Da gibt es im Dezember den Beschluß für eine neue Gebühr, die "Regenwassergebühr" -
- Im Januar gibt es die Ankündigung von "ausführlichen Erläuterungen", die den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern
- "mit der Erklärung der Selbstveranlagung" im Februar zugehen sollte.
- Jetzt ist es März. Auf einer Bürgerversammlung machen Bürger ihrem Unmut Luft - Brehl, Vorndran und Treber samt ihren Fraktionssprechern "verkaufen" ihre Gebühr als "die Lösung". Die Informationsbroschüre liegt noch nicht vor laut Stadtrat Treber im Umweltausschuß vom 11. März kommt sie "in spätestens 3 Wochen".

- Dafür liegt mit Datum vom 12. März ein Magistratsantrag vor, unterschrieben von Vorndran und Treber, nach dem die im Dezember beschlossenen "Abwasserbeitrags- und gebührensatzung" wegen "Unterscheidung der Abflußbeiwerte" geändert werden soll.
- Der kann frühestens in der Stadtverordnetenversammlung am 22. Mai abgestimmt werden.

Bis dahin geht also erst mal nichts mehr!

Wie stellen sich die Damen und Herren von SPD und Grünen das eigentlich vor?

Bei dem Tempo und den eventuell noch zu erwartenden weiteren Änderungen und Ergänzungen wird die "Regenwassergebühr" für 1991 wohl im nächsten Jahr rückwirkend erhoben,

während Bürger, die das Regenwasser nutzen, seit 1. April 1991 verschmutztes Regenwasser bezuschußt und gebührenfrei in den Kanal leiten dürfen.

Es sieht nach all dem so aus, als ob die Stadt bei der Geldbeschaffung ähnliche Probleme hat, wie bei vielen Ausgaben.

Man sieht eigentlich nie, wie es kommt, aber meistens geht es daneben, weil irgend etwas nicht bedacht wurde.

Vielleicht kann der "Chef" bei Gelegenheit mal wieder erklären, warum es nicht anders geht.

Am besten wäre, die "Regenwassergebühr" käme vom Tisch, damit man noch mal ohne Hektik darüber nachdenken kann.

Gerd Schulmeyer

Umweltpolitischer Purzelbaum

Um es vorweg zu sagen: Die "Förderrichtlinien beim Bau von Regenwasseranlagen in Wohngebäuden", die in unserer Stadt am 1.4.1991 in Kraft treten, sind als Investition in die Zukunft zu begrüßen.

Wer also demnächst Regenwasser nutzen will, um seine Waschmaschine oder die Klospülung damit zu betreiben, sowie den Garten mit gesammeltem Regenwasser zu bewässern, der sollte sich sofort bei der Stadt (Kirchgasse 18) einen Zuschußantrag holen, denn die im Haushalt eingestellten Mittel sind begrenzt.

Daß wertvolles Grundwasser gespart wird - darin liegt der Sinn dieser Förderung von "Regenwasseranlagen" - ist ein Anliegen, das einen materiellen Anreiz rechtfertigt.

Daß dabei zugleich die "Regenwassergebühr" gespart wird, macht die Sache zusätzlich attraktiv. Es ist allerdings schwer einzusehen, daß verschmutztes Regenwasser, das den Umweg über Toiletten oder Waschmaschinen genommen hat, gebührenfrei, ja mehrfach bezuschußt in den Kanal geleitet werden darf, während die Einleitung "reinen" Regenwassers Geld kosten soll.

So gesehen liefern die "Förderrichtlinien" einen Grund mehr, gegen die "Regenwassergebühr" in der beschlossenen Form Front zu machen.

Vielleicht denkt man bei SPD und Grünen, die das alles als konsequente Umweltpolitik verkaufen wollen, noch mal über diesen Widerspruch nach und nimmt die "Regenwassergebühr" vom Tisch, bis das ganze etwas durchdachter ist.

Vielleicht könnte man dann auch die Betroffenen in den Entscheidungsprozeß mit einbeziehen. GS

**Jede Spende
hilft dem
"blickpunkt"!**

Antrag der DKP-Fraktion

"Der Magistrat wird beauftragt, bei den Straßenverkehrsbehörden initiativ zu werden, damit an der Übergangsstelle B 486/ Schnepfenschneise eine Sicherheitsregelung für Fußgänger und Radfahrer geschaffen wird."

An genannter Stelle sind in den letzten Jahren schwerwiegende Unfälle mit Todesfolge passiert. Anfang Februar 1991 wurde dort wieder ein Unfall mit schwerem Personenschaden registriert. Angesichts dieser Tatsache sollte über weitere Schritte zur Vermeidung schwerer Unfälle nachgedacht werden. Uns erscheint eine Bedarfsampel/ Überquerungshilfe/ gelbe Straßenbeleuchtung an dieser Stelle nötig als mögliche und notwendige Sicherheitseinrichtung.

Eine gelungene Ausstellung

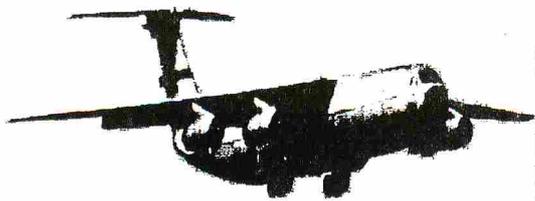
Der Anlaß der Ausstellung im Mörfelder Heimatmuseum über die Geschichte der örtlichen Naturfreunde-bewegung, war die rote Fahne mit dem Naturfreundeemblem. Diese Fahne mußte vor den Nazis nach 1933 in Sicherheit gebracht werden. Lore Schulmeyer, genannt "Kiefer-Lore", am Abend der Eröffnung der Ausstellung mit einem Blumenstrauß geehrt, hatte diese in ihrem Kleiderschrank über die Jahre des Terrors gerettet. Nun sollte die Fahne, inzwischen restauriert, im Mörfelder Museum gezeigt werden. Was aber jetzt für die Ausstellung auf die Beine gestellt wurde, ist eine umfassende geschichtliche Darstellung des Touristenvereins "Die Naturfreunde" unserer Stadt. Für diese vortreffliche Arbeit muß der Museumsleiterin Cornelia Rühlig und ihren Helfern Anneliese Krichbaum und Ernst Schulmeyer vom Heimatverein gedankt werden. Erwähnenswert ist aber auch der örtliche Verein, der in den Jahren seines Bestehens viele Fotos und schriftliche Überlieferungen gesammelt hat und sicherlich ist es den älteren Mitgliedern des Vereins zu verdanken, daß sie so manche Erinnerung hierfür zum Besten gaben und eigene Fotos zur Verfügung stellten. Neben den sehr interessanten Fotos von den Wanderungen und den kulturellen Darbietungen sind auch viele alte Gegenstände der Naturfreunde- und Wanderbewegung zu sehen, vom Wanderstiefel bis zur Gitarre, vom Rucksack bis zur alten Ski-Ausrüstung. Auch die verschiedenen Sta-

tionen der Naturfreundehäuser in unserer Stadt, werden nochmals in Erinnerung gerufen.

Das Thema Verbot der Naturfreunde durch die Nazis und die Verfolgung ihrer Mitglieder, kommt bei der Ausstellung etwas zu kurz. Es sei daran erinnert, daß auch das Mörfelder Haus geschlossen und das Vereinsvermögen beschlagnahmt wurde. Es ist bezeichnend, daß dieses Schicksal dem Touristenverein als einzigem aller bis 1933 bestehenden Wander- und Gebirgsvereine, widerfuhr. Mit dem Verbot der Naturfreunde-bewegung fielen in Deutschland 828 Ortsgruppen mit über 60.000 Mitgliedern aus. 230 Naturfreundehäuser, die einen Wert über 4 Millionen Mark darstellten, verfielen der Beschlagnahme. Der Anteil der Naturfreunde am illegalen Widerstand gegen das Hitlerregime war nicht gering. Folgende Naturfreunde aus dem Raum Frankfurt/ Offenbach wurden von den Henkern des 3. Reiches hingerichtet oder fanden in Zuchthäusern oder Konzentrationslagern den Tod: Hans Bild, Franz Metz, Johanna Kirchner, Hanna Tesch (alle Frankfurt), Karl Löffert (Offenbach), Eugen Kaiser, Oskar Jetzschmann (Hanau) und Walter Rietig (Langen).

Von den Naturfreunden im Raum Frankfurt haben nachweislich 85 eine langjährige Freiheitsstrafe in Zuchthäusern und Konzentrationslagern des 3. Reiches verbüßt. Auch Mörfelder Naturfreunde-mitglieder wurden verfolgt, kamen in Zuchthäuser und KZ und wurden Folterungen und Verhören ausgesetzt.

Heinz Hechler.



Sound of Freedom?

Der Krieg ist aus, der Krach bleibt. Seit Sommer 1990 drangsaliieren besonders die US-Galaxies Tag und Nacht unsere Bevölkerung. Bis zu 90 Militärflüge in 24 Stunden zählt Wolf Held, der Fluglärmschutzbeauftragte der Landesregierung.

Mister Kemper, Air-Base-Pressesprecher, meint: "Die Flüge werden andauern!" Wie lange noch? Held: "Wir werden vielleicht noch Weihnachten darüber reden!"

Verdünnisieren

Manchmal muß man dran erinnern. Der Flughafen, der in herrlichen Farbprospekten seine Bemühungen um den Umweltschutz preist - ist ein ganz außerordentlicher Umweltverseucher. Lärm und Abgase von oben und unter der Erdoberfläche gibts auch die reinste Schweinerei. Die Air Base schwimmt auf Kerosin und seit zwanzig Jahren ist das Grundwasser im Flughafengebiet durch die Flugzeugenteisungsmittel mit Nitrat verseucht.

Das Trinkwasser-Pumpwerk Hinkelstein läuft jetzt nur noch mit halber Kraft, damit das verseuchte Wasser langsamer fließt. Die FAG verfügte "Sofortmaßnahmen". In Versickerungsgräben wird das verunreinigte Grundwasser mit normalem Wasser verdünnt. Eine tolle Lösung!

Nicht vergessen!

Ende Februar stands in der Zeitung: "Die FAG muß nach Ansicht des SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen May gesetzlich verpflichtet werden, den vom Flugverkehr betroffenen Städten und Gemeinden des Airport-Umlandes einen Lastenausgleich zu zahlen." Das Geld soll an alle Kommunen verteilt werden, denen der Flughafen Krach und Abgase beschert. Mal sehen, was jetzt draus wird. Wir werden Jürgen May jedenfalls noch oft daran erinnern!

Sicherheitsrisiko

Der FAG-Vorstandsvorsitzende Horstmar Stauber wird offensichtlich langsam zum Sicherheitsrisiko. Er vor allem drängt nämlich die Bundesanstalt für Flugsicherung (BFS), die Zahl der stündlichen Flugbewegungen auf Rhein-Main zu erhöhen. Stauber hat gut reden - er wohnt im Taunus.

Die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt werden an manchen Tagen und Nächten bald verrückt von dem ständig steigenden Fluglärm. In diese Situation kann sich der hochbezahlte Spitzenmanager kaum hinein-denken.

Um was gehts konkret? Ende der 90er Jahre soll sich der Weltflugverkehr verdoppeln. Klar, daß die FAG und Stauber gern ein großes Stück von diesem Kuchen hätten. Da aber weitere Bahnen politisch z.Zt. nicht durchzusetzen sind, versucht man immer mehr Starts und Landungen auf Rhein-Main durchzusetzen. Die BFS ließ sich jetzt breitschlagen, den Koordinationseckwert von 64 auf 66 Starts und Landungen pro Stunde zu erhöhen. Stauber allerdings verlangte neun zusätzliche stündliche Flugbewegungen.

Sagen wir's deutlich: Bei Stauber kommen erst die wirtschaftlichen Überlegungen und dann die Sicherheit.



"Tag der offenen Tür" im neuen Altenwohn- und Pflegeheim

Am 10. März hatte die Stadt zur Besichtigung des neuen Altenwohn- und Pflegeheimes eingeladen.

Viele Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit, sich ein Bild von dieser Einrichtung zu machen. Die Meinungen waren geteilt, nicht zuletzt deshalb, weil wesentliche Teile der Anlage noch fast im "Rohbau" dastanden, bei anderen, ohne Einrichtung und technische Ausstattung, für die meisten Besucher schwer vorstellbar war, wie es in dieser Hinsicht einmal aussehen soll. Alles in allem ist fraglich, ob sich die Stadtverwaltung mit diesem frühzeitigen Besichtigungstermin einen Gefallen getan hat - nicht zuletzt, wenn man bedenkt, was in dieser Baustelle alles hätte passieren können.

Böse Zungen behaupten daher, der Bürgermeister hätte einfach mal wieder einen Fototermin mit positiver Berichterstattung gebraucht. Vorstellbar ist das.

Ein Tag, der Einblicke in Einrichtung, Betrieb und Verwaltung gewährt hätte, war es jedenfalls nicht! GS

Die Pflegesätze

Anfrage der DKP-Fraktion

Ist inzwischen bekannt, in welcher Höhe sich die Pflegesätze der einzelnen Pflegestufen im neubauten Altenwohn- und Pflegeheim belaufen?

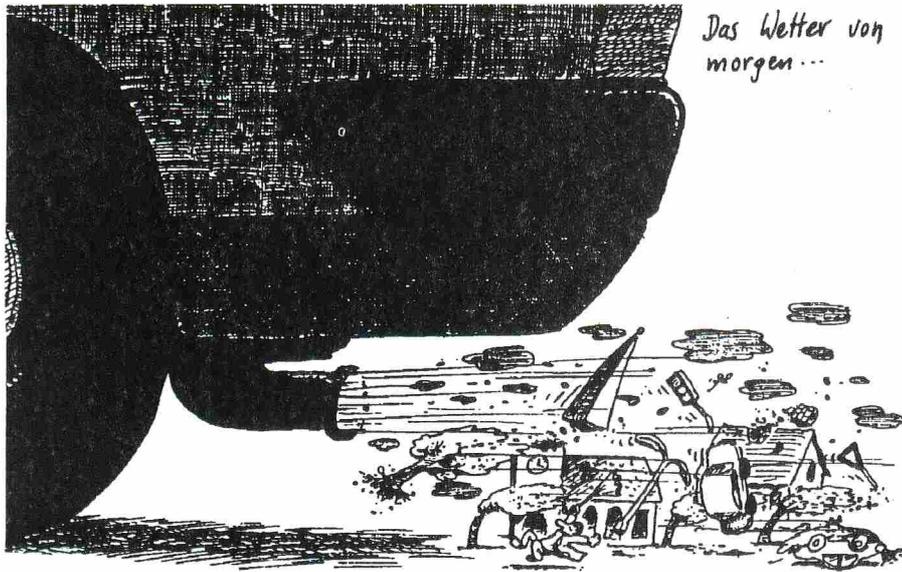
Antwort:

Laut Auskunft der Johanna-Kirchner-Stiftung betragen die vorläufigen Pflegekosten pro Tag

in der Pflegeklasse I	83,05
in der Pflegeklasse II	91,40
in der Pflegeklasse III	116,30
in der Pflegeklasse IV	145,40

Bei diesen Pflegekosten handelt es sich um vorläufige Pflegesätze, die vom Landeswohlfahrtsverband so lange anerkannt werden, bis das sogenannte Selbstkostenblatt der Betreiberin vorliegt.

Dieses Selbstkostenblatt kann erst nach einem Jahr ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme erstellt werden. Danach werden die Pflegekosten festgesetzt, d.h. es können sich Erhöhungen oder Minderungen ergeben.



Verkehrsinfarkt

Auch in unserer Stadt wohnen viele, die auf dem Weg zur Arbeit jeden Tag im Stau stehen. Das "Fahrzeug" wird dann zum "Stehzeug". Auch das Fahren in Mörfelden-Walldorf wird komplizierter. Viele Einwohner klagen über Verkehrslärm und Abgase. Eltern haben Angst um ihre Kinder im innerstädtischen Straßenverkehr. An manchen Tagen gibt es am Dalles oder auch in anderen Stadtteilen keinen Parkplatz. Die Stadt selbst gibt ungeheure Summen aus, um Gelände für Parkplätze zu kaufen. Viele Leute schütteln darüber den Kopf - aber fast alle fahren Auto. Wie soll das weitergehen? Hat das Auto eine Zukunft?

Daß man in der Verkehrspolitik umsteuern muß, sagen mittlerweile viele. Immerhin, heute hat die BRD schon den dichtesten Verkehr der Welt. Jeder zweite Einwohner, vom Baby bis zum Greis gerechnet, besitzt laut Statistik einen eigenen Wagen. (Der Motorisierungsgrad ist in den USA zwar höher - aber die US-Autos verteilen sich auf das Zehnfache an Fläche.)

Diese Entwicklung führt dazu, daß man in Städten vor Abgasen und Verkehr bald nicht mehr leben kann. Außerdem - zur Erwärmung der Erdatmosphäre tragen die Kohlendioxide aus den Auspuffrohren entscheidend bei - da hilft auch kein Katalysator. Der Wald stirbt durch sauren Regen, die Stürme geben ihm den Rest.

In vielen Städten, aber auch auf manchen Fernstrecken, ist das Auto schon nicht mehr das optimale Fortbewegungsmittel. Trotzdem ist das Umsteigen auf Bus und Bahn oft nicht einfach, da Zugfolge, Service, Platzangebot und Fahrtkosten nicht attraktiv genug sind. Eine integrierte Gesamtverkehrsplanung fehlt noch immer.

Die Autoindustrie selbst hat aus Profitgründen seit Jahren die Forschung für Elektroautos, Solarmobile oder mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge nur mit der linken Hand betrieben.

So fehlen heute preiswerte Ökomobile und Fahrzeuge, die leicht zu recyceln sind. Genau in diese Richtung aber muß gedacht werden.

Die Arbeiter und Angestellten der Zukunft brauchen leistungsfähige Verkehrs-Verbundsysteme. Vor allem in den industriellen Ballungsgebieten muß es genügend Parkplätze an den Haltestellen der Busse und Schnellbahnen geben. Wenn man mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, trotz Umsteigens, genau so schnell und fürs gleiche Geld seinen Arbeitsplatz erreichen kann, dann wird auch der Morgen- und Feierabendstau zurückgehen.



Erster Erfolg

Die Eingruppierungs-Verhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst wurden nach langwierigen Verhandlungen im Februar in Stuttgart abgeschlossen.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung wurde sicher gegangen, nachdem es 20 Jahre keinerlei Veränderungen in diesem Bereich gab. Aber das kann nicht alles gewesen sein.

Das Ergebnis weist Verbesserungen im Bereich der ErzieherInnen, LeiterInnen, stellvertretenden LeiterInnen auf. So gut wie nichts getan hat sich im Bereich Sozialdienst, d.h. SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen. Erreicht wurde hier nur ein Bewährungsaufstieg nach kürzerer Zeit und nach weiteren sechs Jahren eine Zulage. Das ist allein bei den zu erwartenden Steuererhöhungen ein Klacks. Für die ErzieherInnen zu Beispiel sieht das Ergebnis folgendermaßen aus:

Die Eingruppierung nach BAT VII entfällt. Die neue ECKeingruppierung der ErzieherInnen ist jetzt die IVb. Nach dreijähriger Bewährung ein Aufstieg in die Vc und nach weiteren 4 Jahren eine Zulage von 112DM.

Die LeiterInnen werden nach der Kinderzahl ihrer Einrichtung bezahlt. Dieser Punkt ist strittig, vor allem, wenn bei der geforderten Reduzierung der Gruppenstärke von derzeit 25 Kindern pro Gruppe, das Gehalt in einem 4-gruppigen Kindergarten geringer ausfallen würde.

Alles in allem sind sich die KollegInnen der ÖTV aus diesem Bereich einig: Dieses war der erste Schritt. Im nächsten Jahr müssen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Jede Spende hilft dem "blickpunkt"!

Stadtgeschichte



"Die Männer von der Russenhütte", aufgenommen im Jahr 1925. Ziegeleiarbeiter aus Mörfelden und Walldorf, die sehr schwer arbeiten mußten.

Unser Bild zeigt von links (die Vornamen sind uns nicht immer bekannt): Berz, Kaiserauer, Heinrich Jourdan (der letzte Besitzer des Betriebes), Landau, Georg Cezanne, Jakob Cezanne und Adam Krug.

Entstanden ist die Ziegelei im Oberwald, in der Nähe der heutigen Mülldeponie, weil dort inmitten des Sandbodens - ein geologisches Phänomen - eine Lehmader gefunden wurde. Diese bestand sicherlich aus den Ablagerungen eines urzeitlichen Flußarmes. Entdeckt wurde das Lehmvorkommen Ende des 18. Jahrhunderts und wie zu erfahren war, wollten sich dort zuerst Töpfer ansiedeln. Anscheinend war das Rohmaterial hierfür nicht geeignet, so daß schon um 1850 der Mörfelder Johann Jakob Schulmeyer dort eine Ziegelei betrieb, die dann 1896 an den Walldorfer Heinrich Jourdan, genannt "Russehütter" übergang.

"Russen" nannte man die Backsteine, die dort aus Lehm im Feldbrand (im Gegensatz zum Ofenbrand) hergestellt wurden und deren Namen sicher mit "Ruß" zusammenhängt. Die meisten Häuser in Mörfelden und Walldorf aus dem vorigen Jahrhundert wurde mit Steinen von der "Russenhütte" erbaut. Als der Betrieb gegenüber der Konkurrenz veraltet war und die Ausbeute der Lehmgrube nicht mehr ausreichte, ging Anfang der 40er Jahre auch in der "Russenhütte" der Ofen endgültig aus. Dieses Foto ist wie andere im neuen Walldorfer Heimatmuseum zu sehen.



Einladung zur öffentlichen Versammlung

am Mittwoch, den 27. März 1991, 20 Uhr, im Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum.

Thema: "Woran ist der Sozialismus in der DDR gescheitert?"

Es spricht und diskutiert: Dr. Rainer Eckert, Frankfurt, Mitglied des Parteivorstands
Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen.

DKP

DKP Mörfelden-Walldorf wir denken weiter ...